

Zukunft der Europäischen Union: Sind die Weichen richtig gestellt?

Linz, 29. November 2010

Am 29. November hat die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich in Linz eine Konferenz zur Zukunft der Europäischen Union durchgeführt. Im Mittelpunkt dabei stand die Finanz- und Wirtschaftspolitik. Die aktuelle Brisanz dieser Konferenz wurde dadurch verstärkt, dass sich die Finanzminister der 16 Mitgliedsländer der EU-Währungsunion in einem Sondertreffen am Vorabend (28.11.) auf ein Rettungspaket für Irland in Höhe von 85 Mrd. Euro und einen zukünftigen Krisenmechanismus zur Stabilisierung des Euro - ab 2013 unter „fallweiser Einbeziehung der Gläubiger“ - verständigt haben.

Impulsreferate

Im ersten Teil dieser Konferenz wurden nach einer Einführung des Präsidenten der Kammer *Dr. Johann Kaliauer* vier Impulsreferate gehalten:

1. Arbeit in Europa: Ist die Krise überwunden?

Ursula Engelen-Kefer: Expertin für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, ehem. Stellvertretende Vorsitzende des DGB

2. Vertrauen in „den Markt“- Meistert Europa so die Wirtschaftskrise?

Kurt Bayer, Board Director Europäische Bank Für Wiederaufbau und Entwicklung

3. Koordinierung der europäischen Wirtschaftspolitik: Worauf kommt es wirklich an?

Helene Schubert, Senior Advisor, Oesterreichische Nationalbank

4. Wie reagiert die Europäische Union auf die Krise?

Georg Busch, Generaldirektor Wirtschaft und Finanzen, Europäische Kommission

Danach gab es eine intensive Diskussion unter der Moderation von Eva Belabed, Attaché für Beschäftigung, Soziales und Konsumentenschutz, OECD, Paris.

Im Folgenden werden die wesentlichen Inhalte aus den Referaten und der anschließenden Diskussion dargestellt.

Ungleichgewichte im Euro-Raum nehmen zu

Die Einführung des Euro in 16 Mitgliedsländern seit 2000 ohne eine ausreichende Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik hat die Ungleichgewichte innerhalb und zwischen den Euroländern verschärft. Leidtragende sind viele Arbeitnehmer, die durch Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung und Armut einen großen Teil der Lasten aus den wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Ungleichgewichten zu tragen haben. Dies wurde durch die weltweite Finanzkrise 2008/2009 erheblich verschärft.

Anfänglich bestand breite Bereitschaft in den Mitgliedsländern der EU und darüber hinaus auf weltweiter Ebene - vor allem auch in den USA- eine Umkehr der Politik des Neoliberalismus und der Deregulierung auf den Finanzmärkten einzuleiten. Mit Hilfe der gigantischen finanziellen Rettungsschirme für die marode Finanzbranche, sowie groß dimensionierter Konjunkturprogramme hat sich die Wirtschaft in einem Teil der Mitgliedsländer der EU sowie auf weltweiter Ebene - vor allem in China, aber auch einigen anderen Schwellenländern in Asien und Lateinamerika- kräftig erholt. Das Zeitfenster zur Veränderung der neoliberalen Ausrichtung in der Finanz- und Wirtschaftspolitik scheint sich allerdings bereits wieder zu schließen. Das „Raubrittertum“ in der nationalen und internationalen Finanzpolitik, aber auch teilweise in der Wirtschaftspolitik läuft bereits wieder auf vollen Touren. Die Reregulierung des Finanzsektors beschränkt sich bisher auf die Schaffung weiterer finanzieller Rettungsschirme und zusätzlicher Überwachungsinstitutionen auf weltweiter Ebene - über solche Gremien wie das Aufseherforum Financial Stability Board (FSB) sowie den Internationalen Währungsfonds.

Gigantische finanzielle Rettungsschirme

Verschiedene Mitgliedsländer der Eurozone sind durch Überschuldung an den Rand der Zahlungsunfähigkeit geraten. Die Ursachen hierfür liegen in dem Versagen bei der Wirtschafts- Haushalts- und Finanzpolitik, aber auch in den falschen politischen, gesetzlichen und praktischen Anreizen für die Finanzbranche (z.B. keine Gewichtung der Eigenkapitalbelegung bei Staatsanleihen oder falsche Bewertung durch die Ratingagenturen mit Triple A). Der erste dramatische Fall war Griechenland, der im Mai 2010 zu einem speziellen Rettungspaket von EU, IWF und EZB für Griechenland von 173 Mrd. Euro und einem ergänzenden finanziellen Rettungsmechanismus für weitere überschuldete Euroländer in der gigantischen Größenordnung von über 750 Mrd. Euro führte. Diese Schutzschirme haben die internationale Finanzbranche weiter beflügelt, in das alte Fahrwasser zurückzukehren und die überschuldeten Euroländer noch näher an den Rand der Zahlungsunfähigkeit zu drängen. Trotz gegenteiliger Versicherungen musste die Regierung Irlands jetzt ebenfalls unter den Europäischen Rettungsschirm schlüpfen. Portugal, Spanien und Italien sind weitere Euroländer, die von den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten bedrängt werden.

Bisher sind diese Rettungsaktionen maroder Banken und überschuldeter Euroländer alleine auf Kosten und zu Lasten der Steuerzahler gegangen. Wie die EU Kommission festgestellt hat, betragen die Bürgschaften und Kapitalspritzen in der gesamten EU inzwischen 3,6 Billionen Euro - mithin ungefähr ein Viertel des gesamten Bruttoinlandsprodukts- wovon etwa die Hälfte bereits in Anspruch genommen wurde. In der Bundesrepublik machen diese Belastungen der Steuerzahler auf nationaler und europäischer Ebene durch Bürgschaften und Kredithilfen bereits über eine Billion Euro aus. Derzeit ist nicht absehbar, welche Verluste an wirtschaftlicher Entwicklung in den Mitgliedsländern der EU daraus folgen werden.

Staatliche Kürzungsprogramme verschärfen Krise

Eine weitere Verschärfung der Ungleichgewichte innerhalb der Euroländer sowie zwischen ihnen bedeuten die drastischen Sparprogramme zur Konsolidierung der hoch verschuldeten öffentlichen Haushalte und zur Erfüllung des EU Stabilitätspaktes bzw. der rigorosen Kürzungsaufgaben der überschuldeten Euroländer - bislang Griechenland und Irland. Die öffentlichen Sparprogramme

bedeuten eine weitere Belastung der unteren und mittleren Einkommensbezieher in Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst sowie der Sozialleistungsempfänger - vor allem Arbeitslose und Rentner. Hierdurch werden die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichte innerhalb und zwischen den Euroländern weiter verschärft.

Die Bundesrepublik Deutschland spielt innerhalb der Euroländer eine entscheidende Rolle. Die außergewöhnliche Stärke im Export konnte über viele Jahre nicht in ein entsprechendes Wachstum von Wirtschaft, Beschäftigung und Binnenkonjunktur umgesetzt werden. Dabei ist natürlich zu berücksichtigen, dass zusätzlich zur Europäischen Währungsunion und dem Stabilitätspakt die Deutsche Einheit finanziell und wirtschaftlich verkräftet werden musste.

Die Reformen der Deregulierung auf den Arbeitsmärkten seit 2003 im Zuge der sog. Hartzgesetze haben dazu beigetragen, dass die Zahl der Beschäftigten nennenswert gewachsen ist und die über Jahre anhaltend hohe Massenarbeitslosigkeit seit 2007 -mit Ausnahme der Krisenzeit 2008/2009- verringert werden konnte. Allerdings haben die Arbeitnehmer und Arbeitslosen dafür einen hohen Preis zahlen müssen. In keinem anderen EU-Mitgliedsland sind die prekäre Beschäftigung sowie die Niedriglohnsektoren bis zur Armut bei Arbeit so drastisch gewachsen wie in Deutschland. Zudem haben die Arbeitnehmer im Durchschnitt der Jahre seit 2000 Realeinkommensverluste hinnehmen müssen, während in den übrigen Mitgliedsländern des Euroraumes die Löhne erheblich angestiegen sind. Die Folgen sind eine kontinuierliche Schwächung der Binnenkonjunktur und eine hohe Krisenanfälligkeit gegenüber Wirtschaftseinbrüchen auf europäischer und internationaler Ebene.

Auf dem Höhepunkt der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 hatte die Bundesrepublik einen Wachstumsverlust zwischen 5 und 6 Prozent zu verzeichnen. Dass dies nicht zu entsprechend großen Einbrüchen bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit geführt hat, ist dem wirksamen Krisenmanagement der Tarifparteien, der Bundesagentur für Arbeit und der damaligen Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD zu verdanken. Insbesondere auf die extensive Nutzung der Instrumente von Kurzarbeit und anderer Formen der Arbeitszeitverkürzung und -umverteilung ist zurückzuführen, dass größere Entlassungswellen infolge der erheblichen Umsatzeinbrüche verhindert werden konnten. Auch dafür mussten die Arbeitnehmer einen hohen Preis zahlen - durch niedrigere Einkommen und hohe Finanzierungsanteile an den Kosten des Kurzarbeitergeldes sowie der Konjunkturprogramme.

Es ist daher nur recht und billig, wenn sie jetzt im Zuge der Erholung von Wirtschaft und Beschäftigung ihren fairen Anteil durch eine offensive Tarif- und Lohnpolitik erhalten. Allerdings sind immer mehr Arbeitnehmer/innen -vor allem in den personenbezogenen Dienstleistungen- kaum mehr durch Tarifverträge geschützt oder die Gewerkschaften sind nicht in der Lage bessere Löhne und Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Daher sind die gesetzliche Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit tariflich vereinbarter Mindestlöhne sowie die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes nicht unter 8,50 Euro dringend geboten. Dies ist ein notwendiger Beitrag sowohl zur Verbesserung der Binnenkonjunktur in Deutschland wie auch zur Verringerung der wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den Euroländern.

Wege aus der Krise

Als mögliche Wege aus der Krise sind aufzuzeigen:

- Bessere wirtschaftspolitische Koordinierung der Euro-Mitgliedsländer und der gesamten EU nach innen und außen in den finanzpolitischen Abstimmungs- sowie Überwachungsgremien.
- Schaffung der Voraussetzungen für die Begebung gemeinsamer EU-Anleihen (die alle Euroländer voll oder bis zu bestimmten Anteilen garantieren) durch Restrukturierung der Bankensektoren und weitestgehender Einbeziehung der Gläubiger.
- Durchsetzung der produktivitätsorientierten Lohnpolitik für alle Euroländer;
- Verlangsamung der nationalen Konsolidierungsprozesse sowie gerechtere Verteilung der Belastungen durch Heranziehung hoher Einkommen, Gewinne, Vermögen, Kapitalerträge;
- Verringerung des Erpressungspotentials sog. systemrelevanter Finanzinstitute durch institutionellen Umbau;
- Reregulierung der Finanzmärkte;
- Schaffung eines Umschuldungsmechanismus für überschuldete Staaten unter Einbeziehung der Gläubiger;
- Stärkere Kontrolle der Einhaltung der budgetpolitischen Regeln durch die Mitgliedsstaaten;
- wirksame Überwachung wirtschaftlicher Ungleichgewichte;

Zusätzlich zu der Regulierung der Finanzmärkte sowie der Koordinierung der Wirtschaftspolitik ist eine Stärkung der sozialen Ausrichtung der Europäischen Union unabdingbar:

- Die Schaffung quantitativ und qualitativ ausreichender Arbeitsplätze muss oberste Priorität der EU-Wirtschaftspolitik haben;
- Durch rechtlich verbindliche EU-Standards muss jede Form des Dumping von Löhnen und Arbeitsbedingungen bei grenzüberschreitenden Vorgängen unterbunden werden;
- Die sozialen und gewerkschaftlichen Grundrechte -insbesondere Vereinigungs- und Tarifvertragsfreiheit- sind zu stärken;
- Private und öffentliche Investitionen in Zukunftsbereiche wie Bildung, Forschung und alle Formen der sozialen Infrastruktur sind zu auszubauen;
- Die Finanz- und Kapitalmärkte sind wieder an die realen Prozesse in Wirtschaft und Gesellschaft anzukoppeln.
- Abschließend ist festzuhalten: Die Gefahren eines Rückfalls in nationalstaatliche Egoismen und rechtsradikale politische Ausrichtungen müssen mit aller Macht bekämpft werden.